

Öffentlicher Teil

Beginn: 19:00 Uhr **Ende:** 20:45 Uhr

Anwesend:

Fraktion UWG

Frau A. Schuster
Herr D. Pehnert

Fraktion Die Linke

Herr T. Janke

Fraktion CDU

Herr A. Thiele

Fraktion SPD

Herr I. Koch

Sachkundige Einwohner

Herr V. Eilenberger
Frau M. Klaus
Frau J. Vogel

Gemeindevertreter

-

Ortsvorsteher

-

Gäste

-

Verwaltung

Fr. Berkholz – Teamleiterin I
Fr. Pfarr – Kitafachberatung
Fr. Racholdt – Qualitätsmanagerin Kita

Entschuldigt:

-

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Änderungsanträge zur Tagesordnung –öffentlicher Teil–
4. Einwendungen zur Niederschrift der 15. Sitzung –öffentlicher Teil–
5. Einwohnerfragestunde
6. Rückerstattung Essensgeld 2021, Satzungsänderung
7. Rückerstattung Elternbeiträge aufgrund pandemiebedingten Schließungen
8. Verpflegung in den Kindertageseinrichtungen - Projektvorschlag
9. Personalumstrukturierungen in den Kindertageseinrichtungen
10. Auswertung Datenlogger Schulen (CO2 + Temperatur)

11. Seniorenarbeit
12. Bericht des Vorsitzenden zum Thema Stadtradeln
13. Bezahlbarer Wohnraum / sozialer Wohnungsbau
14. Informationen und Anfragen
15. Sonstiges

Zu 1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Pehnert, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, Gäste und Einwohner.

Zu 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Festgestellt.

Zu 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung –öffentlicher Teil–

Der TOP 14 wird in 14a (Kitaneubau) und 14b (Informationen und Anfragen) aufgeteilt.

Zu 4. Einwendungen zur Niederschrift der 15. Sitzung –öffentlicher Teil–

Niederschrift lag noch nicht vor.

Zu 5. Einwohnerfragestunde

Alle Fragen zu den heutigen Tagesordnungspunkten werden zu den jeweiligen TOPs zugelassen. Dies wurde abgestimmt und einstimmig zugelassen.

Zu 6. Rückerstattung Essensgeld 2021, Satzungsänderung

Frau Berkholz erklärt, dass die Satzung gegen das Kitagesetz Brandenburg verstößt und somit rechtswidrig ist. Es muss daher eine neue Satzung erarbeitet und die Berechnung seit In-Kraft-Treten der rechtswidrigen Satzung erneuert werden.

Für die Eltern bedeutet dies, dass eine Rückerstattung des Essensgelds für Tage, an denen das Kind nicht anwesend war, erfolgt. Diese Rückrechnung ist allerdings sehr aufwendig, sodass es noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Zu 7. Rückerstattungen Elternbeiträge aufgrund pandemiebedingter Schließungen

Frau Berkholz erklärt, dass das Bundesministerium und Landesministerium seit 2020 zu Pandemiebeginn für die Schließungen eingetreten seien, seit letztem Jahr gäbe es dafür aber keine Rechtsgrundlage mehr. Die Gemeindevertretung hat daher an den Finanzausschuss den Auftrag gegeben eine Lösung dafür zu finden und die Eltern zu unterstützen. Der Ausschuss gab dies weiter an die Verwaltung

Vorschlag der Verwaltung ist eine Rückerstattung von 50 % der Elternbeiträge im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, in Summe wären es ca. 6.000,- Euro, die zurückerstattet werden. Der Beschluss der Gemeindevertretung wird im Juni erwartet.

Eine Einwohnerin aus Sperenberg fragt, ob auch diejenigen Eltern einen Anspruch haben, die ihre Kinder freundlicherweise zuhause betreut haben, ohne dass die Kita geschlossen war.

Frau Berkholz antwortet: der Anspruch auf Rückzahlung besteht nur, wenn die Kita pandemiebedingt geschlossen hatte.

Zu 8. Verpflegung in den Kindertageseinrichtungen – Projektvorschläge

Frau Racholdt berichtet über die Hintergründe:

Sie erklärt, dass bereits 2015 den politischen Gremien vorgeschlagen wurde, die ehem. Küche in Sperenberg für die Essensversorgung einzurichten. Aktuell habe die Gemeinde wieder eine Preiserhöhung von Unternehmen erhalten – 30 Cent pro Essen, die Eltern betrifft es derzeit noch nicht, sie zahlen ca. 2€ durch die häusliche Ersparnis. Die Gemeinde muss auf Grund der gesetzlichen Vorgaben eine Vollverpflegung vorweisen.

Die Kitas haben daher unterschiedliche Preise durch verschiedene Anbieter – teilweise liegen die Unterscheide von 4,06€ – 4,70€ dies sind gleich 5€ pro Tag.

Es gibt auch Qualitätsunterschiede durch die verschiedenen Anbieter, nur ein Unternehmen bietet DGE Essen an.

Da die Schulküche nicht genutzt wird, könnte hier eine Eigenversorgung für die Kitas und Schulen als Projekt vorangetrieben werden. Ein Küchenplaner war schon einmal vor Ort, dieser habe sein ok gegeben, die Hygiene war auch einverstanden. Die Versorgung soll nicht in kommunaler Versorgung durchgeführt werden, sondern soll als Auftrag vergeben werden (Konzession).

Ein Einwohner fragt, ob die Kosten Caterer / Konzession bereits gegenübergestellt wurden. Frau Berkholz antwortet, dass dies jetzt passieren könne. Aus den Kita Ausschüssen geht jedenfalls hervor, dass das vorhandene Essen zu kalt, zu süß, zu wenig, oder gar schlecht ist.

Eine Einwohnerin schlägt vor, dass man Zossen (Kita Pfiffikus) fragt, ob eine Zusammenarbeit möglich ist.

Frau Berkholz antwortet, dass dies bereits angedacht war, Zossen allerdings keine Kapazitäten mehr hat.

Eine Einwohnerin fragt, ob die Kapazität der Küche in Sperenberg für die Gemeinde ausreichen würde.

Frau Berkholz antwortet, dass man dies prüfen müsste.

Im Ausschuss kam die Idee auf, dass ev. jemand aus der Region sich gerne damit selbständig machen würde. Außerdem ist das Thema Essen grundsätzlich immer ein Diskussionsthema. Das Vergabeverfahren müsse aber eingehalten werden und auch die DGE-Zertifizierung muss Bedingung sein. Die Frage ist, ob der Ausschuss hier die Weiterarbeit der Verwaltung an einem konkreten Projektvorschlag beauftragt.

Eine Einwohnerin bittet darum, dass auch eine Modulversorgung (bspw. in den Wünsdorfer Werkstätten geprüft werden sollte, auch neue Projekte oder Fördermöglichkeiten sollten in Betracht gezogen werden.

Eine Einwohnerin fragt, ob die Kitas nicht selbst kochen können, ev. sogar unter Einbeziehung der Kinder.

Frau Racholdt antwortet, dass das von Seiten des Gesundheitsamtes nicht erlaubt ist.

Ein Einwohner bittet auch um Prüfung des Schulgebäudes in Dabendorf, dort stehen wohl drei Küchen zur Verfügung.

Herr Pehnert berichtet, dass dort – nach einem Wasserschaden – noch kein Betreiber vorhanden ist.

Eine Einwohnerin berichtet, dass diese Küche wohl in Zukunft mehrere Kitas aus Zossen aufnimmt und versorgt.

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung diesen Gedanken weiter verfolgt.

Zu 9. Personalumstrukturierung in den Kindertageseinrichtungen

Aufgrund der Brisanz und Folgen der Diskussion wird dieser Tagesordnungspunkt als ausführlicheres Protokoll dargestellt.

Herr Pehnert bittet bei Diskussionen „über der Gürtellinie“ zu bleiben.

Frau Berkholz beginnt: Seit 1. Februar 2022 sei sie für die Gemeinde tätig und musste am ersten Tag gleich eine Strafanzeige bzgl. eines Kinderschutzfalles stellen. 6-7 neue Mitarbeiter sind wieder gegangen, weil sie unter solchen Umständen nicht arbeiten wollten. Es wurden verschiedene Konzepte erarbeitet, es wurde eine Verhaltensampel erstellt, an die sich trotzdem nicht gehalten wird. Trotz angemeldeter Besuche, waren desolate Mängel in den Einrichtungen vorzufinden. Am Telefon wurde der Träger „angepumpt“. Es wurde eine Beschwerde gegen Frau Berkholz verfasst, aufgrund einer Kontrolle. Diese wurde öffentlich in einen Whatsapp-Chat gestellt. Es gibt Teams in Einrichtungen, die massives Mobbing untereinander und ggü. Kindern betreiben. Frau Berkholz erklärt, dass die Einrichtungen im Sinne der Kinder umstrukturiert werden müssen. Zusammen mit den leitenden Erziehern wurde dies besprochen. Fast alle Leitungen waren mit den Umstrukturierungen einverstanden. Das Ziel ist, die Qualität aller Kitas in der Gemeinde zu erhöhen und anzugleichen und sie würde in Kauf nehmen, dass daraufhin Erzieher kündigen werden, wenn diese nicht konform mit moderner Pädagogik arbeiten wollen. Jede Kita wird auch einen Azubi bekommen, außerdem wird es eine zusätzliche Stelle über dem Betreuungsschlüssel geben. Insgesamt werden nach der Umstrukturierung vier Leitungen bzw. stellvertretende Leitungen nicht mehr in Leitungsposition beschäftigt. Das Landesministerium und das Jugendamt sind alle mit im Boot. Auflagen sind angekündigt und Kontrollen könnten stattfinden.

Eine Einwohnerin und Herr Janke nimmt diese Entscheidung positiv mit und sagt, Rotationen sind woanders Gang und Gebe.

Herr Pehnert bittet darum Kinderschutzfälle / Kindeswohlgefährdungsfälle dem Jugendschutzbeauftragten Herrn Tscherwinka zu melden, da er am Ende des Jahres einen Rechenschaftsbericht abgibt. Nur dann haben die Gemeindevertreter eine Übersicht. Er bedauert sehr das Frau van der Sande nicht mehr da ist, es hätte dem Prozess gutgetan, Ihre Vorarbeit war gut, sie war tief in die Fälle involviert, ihre Emails fehlen vielleicht. Frau Pfarr versichert, dass es eine tiefgründige Erarbeitung mit nahezu 10-jähriger rückwirkender Akteneinsicht gab.

Herr Tscherwinka (Kinder und Jugendschutzbeauftragter): Ihm war nur ein Fall bekannt, der schon Jahre her ist. Er ist immer dankbar für jede Meldung die kommt. Er erwähnt noch einmal, dass alles zum Wohle der Kinder geschehen soll.

Verschiedene Eltern haben Fragen zu den Vorfällen, diese wurden sparsam unter Berücksichtigung des Datenschutzes beantwortet. Eine klein detaillierte Diskussion entsteht, es wird eingeworfen, dass der Ausschuss nicht der richtige Rahmen dafür ist.

Eine Kita-Leitung steht auf: (O-Ton) „Ich finde es eigentlich unerhört, was jetzt gesagt wird, ich hatte Ihnen es gesagt wir arbeiten offen, wir waren die erste Kita die offen gearbeitet hat,

wir haben es 1999 ausprobiert, wenn wir jetzt sagen das ist die Käfergruppe und das hatte ich ihnen auch erzählt, ist das keine Gruppenzuordnung, sondern es ist einfach für meine Erzieher das die wissen, wer beobachtet welche Kinder. Und ich finde es nicht in Ordnung, ich hatte es ihnen auch so erklärt und es ist so auch in meiner Konzeption vorzufinden, die Frau van der Sande vorliegt.“

Frau Berkholz erklärt zur Vorgeschichte, dass dieses Gespräch im Rahmen einer Kontrolle stattgefunden hat und diese Kita-Leitung ihr gesagt habe, dass sie sich nicht an den Leitfaden („Wegweiser“) halten werde.

Diese entgegnet wiederum, dass dies nicht wahr sei und Frau Berkholz eine Lügnerin ist und fragt wie sie auf so etwas kommt. Sie findet dies nicht in Ordnung und habe ihn schließlich sogar mit erarbeitet. Frau Racholdt wirft ein, dass sie bei dem Gespräch dabei war. Dann haben es zwei falsch verstanden, sie stand an der Treppe und hatte es genauso mitgehört. Antwort der Kita-Leitung: „Nein, Frau Racholdt, ich habe doch mitgearbeitet an diesem Wegweiser.“

Herr Pehnert und Herrn Janke unterbrechen die Diskussion, da dies Sache zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist.

Ein Azubi meldet sich zu Wort und findet, dass einiges was er in seiner Arbeit in der Gemeinde erlebt hat, so nicht richtig läuft und fragt sich, ob er in einem Land lernt, in dem es keine Kinderrechte gibt. Er steht trotzdem zu der Kita und lerne gerne dort.

Frau Pfarr erklärt kurz die Umstände die passiert sind, da viele Eltern nicht verstehen, was als Kindeswohlgefährdung galt. Es wurde nur kommuniziert, dass es um eine Jalousie geht und die Kinder im Dunkeln schlafen musste. Dabei fiel folgendes vor: Kinder mussten aufessen, durften nicht rausgehen, weil Erzieher gefroren haben, durften nur auf einer Seite liegen bleiben, das Essen wurde den Kindern in den Mund geschoben, sie wurden gezwungen aufzuessen. Ein Kind hatte sich im Gang versteckt und wurde daraufhin von der Erzieherin am Kragen rausgezogen. Sie wurden verhöhnt.

Die Mutter eines Opfers wendet sich an die anwesenden Erzieher der Kita Sperenberg und erzählt dem Ausschuss, was ihrem Kind in der Gemeinde passiert ist und mit welchen Folgen die Familie zu kämpfen hat.

Mit diesen Beispielen wird der Tagesordnungspunkt beendet. Zahlreiche Erzieher und Eltern verlassen den Raum.

Zu 10. Auswertung Datenlogger Schulen (CO2 + Temperaturen)

Im Dezember 21/Januar 22 wurde beschlossen, dass Datenlogger in den Einrichtungen zum Einsatz kommen sollen. Auf Grund der täglichen langen Lüftungen sollte die Temperaturen anhand von Datenloggern überwacht werden. Diese waren am leichtesten und günstigsten zu realisieren. Gleichzeitig wurden CO2 Ampeln installiert. Wichtig wäre, dass die Datenlogger die Temperaturen beim Lüften zu überwachen, teilweise lag die Temperatur über Stunden unter 19 Grad bzw. bei 14/15 Grad in den Klassenräumen, dies gleicht ebenfalls einer Kindeswohlgefährdung, so Herr Pehnert. Dafür wären Raumluftanlagen angebracht, die dafür sorgen, dass die Räume nicht auskühlen. Die Datenlogger sollten dem Ministerium dokumentiert darlegen, und schwarz auf weiß zeigen, dass es ein Problem in den Einrichtungen darstellt. Die CO2 Ampeln zeigten Werte bis 1400 ppm und müssten lange im roten Bereich gewesen sein. Selbst nach Schulschluss stiegen die Werte signifikant an. Das Kernziel wäre Lüftungsgeräte für die Einrichtungen zu beschaffen. Fördermittel müssten dafür freigemacht werden. In der GV wurde wohl noch nie angesprochen, dass Lüftungsanlagen benötigt werden. Ein Beispiel vom 1. April 2022 zeigte Temperaturen von

14/15/16 Grad in den Klassenzimmern am frühen Morgen. Herr Pehnert bittet darum, dass dieses Thema noch mal beim Ministerium und beim staatlichen Schulamt angebracht wird.

Eine Einwohnerin merkte an, dass die Datenlogger bei den Einrichtungen auch nicht so gut ankamen. Die Kabel hingen herum, Kinder hatten Angst vor den roten Ampeln, etc. Dies sei dann die Aufgabe der Lehrer, den Kindern den Sinn der Datenlogger simpel zu erklären und die Angst zu nehmen.

Zu 11. Seniorenarbeit

Die gewünschte Aufteilung der Gelder der Senioren liegt dem Ausschuss nun vor. Frau Neumann ist die neue zuständige Sachbearbeiterin aus der Verwaltung für den Seniorenbeirat.

Eine Einwohnerin fragt, ob die Senioren-Räume in Kummersdorf-Gut auch wieder für Senioren nutzbar oder ob diese den Ukraine-Flüchtlings vorbehalten bleiben. Frau Berkholz antwortet, dass nicht eingeschätzt werden kann, in welchem Zeitfenster die Räumlichkeiten für die Flüchtlinge vorgehalten werden.

Zu 12. Bericht des Vorsitzenden zum Thema Stadtradeln

Dieses Projekt kommt von Landesebene, wo Bürger durch eine App animiert werden sollen, mit dem Rad zu fahren. An sich eine gute Sache, Herr Pehnert hat leider keine Kapazitäten diese Kampagne weiter zu begleiten.

Zu 13. Bezahlbarer Wohnraum / sozialer Wohnungsbau

Das Thema kann nicht behandelt werden, da der Landkreis sich noch nicht zu einer Zusammenarbeit mit dem Ausschuss geäußert hat.

Zu 14a. Kita Neubau

Im B-Plan Gebiet Rehagener Bahnhofstr. war eine Vorhaltefläche vertraglich mit dem Investor geregelt für einen Kitaneubau. Ein Teil dieser Fläche wurde nun verkauft zum Bau eines Einfamilienhauses. Der Investor hält sich somit nicht an den Vertrag, die Gemeinde hat den Bauantrag nicht gestoppt, nun stehen nicht 2500m² zur Verfügung, sondern nur noch 1500m² aktuell, ursprünglich waren 3500m² geplant. Das Bauamt sieht dies unproblematisch. Die Architektin hat damals anhand der Kinderzahlen die Fläche berechnet, Verwaltung erhält nun dieses Schreiben mit Bitte um Prüfung, ob diese Fläche für 77 Kinder, inkl. Außenflächen und Parkplätzen ausreicht – Beantwortung zur nächsten GV-Sitzung.

Ein Einwohner fragt, ob der Investor für den Schaden aufkommen muss. Herr Pehnert antwortet, dass beide Seiten verantwortlich sind und keine Ersatzflächen zur Verfügung stehen.

Weitere Frage eines Einwohners: Das Grundstück wurde abgesteckt, das ist auch ein Schaden für den Bauherrn, kann der Fehler rückgängig gemacht werden? – Es soll außerdem geprüft werden, ob der Verkauf rückgängig gemacht werden kann (Frist 29.04.2022).

Zu 14b. Informationen und Anfragen

Frau Berkholz berichtet aus dem Bauamt: GS Sperenberg Geräteraum und Sporthalle, Sportanlage ist noch ohne Baubeginn, die Fläche wird erstmal als Baustellenzufahrt für die Errichtung der Außenspielgerätehäuser der Kita Sperenberg benötigt. Hier wurde ein Antrag auf Fördermittel bei der ILB eingereicht, dieser wurde jedoch noch nicht bestätigt. Sobald diese Bestätigung vorliegt, werden die Ausschreibungen beginnen. Nach Errichtung der Außenspielfläche können die Bauarbeiten an der Sporthalle beginnen. Die Beleuchtungsanlage der Turnhalle wird im Zuge des Brandschutzkonzeptes umgestaltet und je nach vorhandenen Mitteln komplett erneuert. Ein Aktenvermerk besagt, dass ein Gebäude an der Kita Sporthalle Sperenberg, das Backsteingebäude abgerissen werden sollte. Im Raum steht die Vergrößerung des Geräteraumes. Laut Begehung mit Herrn Porath soll das IB Borkowski eine Machbarkeitsstudie und Kostenanalyse stellen. Herr Porath schlug den Abriss vor.

Frage von vor 2 Sitzungen: Thema Veranstaltungen: können Veranstalter für die Sauberkeit mit verantwortlich gemacht werden? Frau Berkholz antwortet per Email.

Es gibt ein Förderprogramm Richtlinien Mediendigitalisierung Kita – ist laut Frau Racholdt in zwei Projekten beantragt.

Einwohnerfrage zur Weitsprunganlage GS Sperenberg: Wer kümmert sich in der Verwaltung darum, dass Bauarbeiten vorangehen bzw. überhaupt beginnen. Herr Pehnert antwortet, dass dies Sache des Bauamts ist.

Zu 15. Sonstiges

Dieses Mal lag keine Kitaanmeldezahl vor. Frau Berkholz berichtet mündlich, dass die Einrichtungen in der Gemeinde voll ausgelastet sind.

Frau Berkholz hat den rechtsmittelfähigen Bescheid zum Denkmalschutz angefordert, damit Widerspruch eingelegt werden kann. Die Eingangsbestätigung vom Justizariat liegt vor. Der Bescheid wird in Kürze erwartet.

Am Mellensee, 8.9.2022

Pehnert
Vors. d. BSK-Ausschusses